

Volkschichten zu opfern, wäre der ehemalige Gewerkschaftsführer Brüning bereit, seine Vergangenheit und soziale Einstellung zu verleugnen, bestände seitens der äußersten Rechten kein Kampf gegen sein System. Die Führung dieser Bewegung liegt doch nicht bei den „Trommlern“ und Agitatoren, als die sich Hitler selbst und sein Generalstab bezeichnet, sondern bei jenen, die die Gelder bereitstellen. Neben den Scharfmachern, Großindustriellen, bei jenen, die im demokratischen Staate ihre ehemaligen Vorrechte, ihre fetten Pfründe und ihre Plätze an der Futtertrippe des Staates verloren haben.

Ein Sieg dieser Elemente würde nicht nur die Aufhebung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer bedeuten haben, sie wieder zu Heloten und Parasiten machen, sondern auch der nationalen Gesundung Deutschlands hinderlich sein.

Nationalistisch — im üblen Sinne des Wortes — eingestellte Kreise im Auslande warten ja geradezu auf die Herrschaft der Rechten in Deutschland. Ihnen soll eine

Rechtsdiktatur die Möglichkeit geben, ihren Kampf für eine dauernde wirtschaftliche und nationale Knechtung Deutschlands in der Welt zu rechtfertigen und eine Aenderung zu hintertreiben.

Wirtschaftliche und politische Knechtung aber bedeutet für die deutsche Wirtschaft Verlängerung und stete Verschärfung der Wirtschaftskrise, unter der bekanntlich gerade die Arbeitnehmer am meisten zu leiden haben.

Der tiefere Sinn, der dem Ausfall der Wahl vom 13. März zugrunde liegt, ist, der Wille der Mehrzahl des deutschen Volkes, unsichere Experimente abzulehnen, den Weg zu gehen, der allerdings steil und mühsam ist, aber zu einer Gesundung unserer Nation und seiner Wirtschaft allein führt.

Die Gewerkschaften würden ihrer gestellten Aufgabe, den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Arbeitnehmer zu erzwingen, untreu werden, wenn sie an derartigen die Zukunft ausschlaggebende, beeinflussenden Vorgänge, wie es die Wahl eines Reichspräsidenten in dieser Zeit ist, interesselos vorübergehen wollten.

Sozialpolitik auf berufsständischer Basis

Von Prof. Dr. Brauer, Köln-Königswinter.

Die furchtbaren Schläge, die unsere Wirtschaft getroffen haben und noch fortwährend treffen, fallen mit voller Wucht auch auf die Sozialpolitik. Soweit Sozialpolitik auf finanziellen Voraussetzungen beruht, hängt sie mit der Wirtschaft zusammen. Krise für die Wirtschaft bedeutet daher zwangsläufig auch krisenhafte Zuspitzung für die Sozialpolitik. Damit ist indessen der Tatbestand nicht erschöpft. Vielmehr durchläuft die Sozialpolitik als solche zur Zeit noch eine eigene innere finanzielle Krise. Dadurch sind die Verhältnisse überaus verwickelt. Nicht jeder, der den Beweis zugunsten der Notwendigkeit des Weiterbestandes der Sozialpolitik anerkennt, ist ihr deswegen schon wohlgesinnt. Eine weltgreifende Strömung ist innerlich gegen die Sozialpolitik eingenommen. Damit bewahrt sich der alte Satz, daß es neben der Logik des Verstandes noch eine andere gibt, die man als die Logik des Herzens oder des Gemütes ansprechen kann.

Die Sozialpolitik ist insofern von dem Stande der Wirtschaft abhängig, als es sich bei ihr um geldwerte Leistungen handelt. Das trifft im allgemeinen im vollen Umfang für die Sozialversicherung zu. Daher besteht für den Regelfall die Gefahr, daß jede größere Wirtschaftskrise auch die Gefahr einer Krise der Sozialversicherung mit sich führt. Auf diesen Zusammenhang muß Rücksicht genommen werden. Die moderne Arbeitsweise, namentlich im Zusammenhang mit der Mechanisierung macht das Leben des Arbeiters gefährlicher und im ganzen unsicherer als die frühere Arbeitsweise. Die Wirtschaft, und das heißt in diesem Falle besonders die Produktion, die zu diesen vergrößerten Risiken des Arbeitslebens führt, muß die Kosten für eine Versicherung dagegen aus sich aufbringen. Das gehört zu dem Kapitel „Selbstkosten der Arbeit“. An dieser Grundforderung kann und darf nicht gerüttelt werden. Andererseits ist es ebenso selbstverständlich, daß alles aufgeboren werden muß, um den Gesamtbetrag dieser Kosten so gering wie möglich zu halten. Wenn daher der Aufwand für die Sozialversicherung so hoch wird, daß er einen unverhältnismäßig großen Teil des Lohnes in Anspruch nimmt, so zeugt das von einer unwirtschaftlichen Einrichtung. Man kann nach Erfahrungswerten mehr oder weniger genau feststellen, was im Durchschnitt für solche Versicherungsfälle etwa insgesamt notwendig ist. Dabei ist natürlich zuzugaben, daß anormale Entwicklungen, wie wir sie jetzt haben, die beste Kalkulation über den Haufen werfen können. Dann kann der Fall eintreten, daß im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit insgesamt die Anforderungen der Versicherung über Gebühr anschwellen. Unter solchen Umständen muß alles getan werden, um den Gesamtanspruch zurückzudrängen, ohne dadurch die Sicherung des Arbeiters gegen die Risiken seiner Arbeit zu schmälern. Dies ist der korrekte Weg.

Sodann darf nicht die Tatsache übersehen werden, daß manche wichtigen Gebiete der Sozialpolitik von dem Stande der Wirtschaft überhaupt nicht abhängig sind. Man denke nur an die ganze Gruppe der arbeitsrechtlichen Fragen. Es drängt sich zwangsläufig die Ermägung auf, daß insofern in den Zeiten schlechter Wirtschaftslage jene anderen Gebiete besonders gepflegt werden müssen. Meist aber ist es so, daß in solchen Zeiten auch diese Gebiete Not leiden. Jedenfalls beweist der heutige Zustand, daß die Reaktion sich in weitem Umfange gegen arbeitsrechtliche Errungenschaften wendet. Der bloße Name „Betriebsrätewesen“ besagt alles. Wären wir insgesamt ein Volk von besserem psychologischen (seelischen) Verständnis, so müßte sich umgekehrt ergeben, daß in wirtschaftlichen Krisenzeiten diese nicht von der Wirtschaft unmittelbar abhängenden arbeitsrechtlichen Fragen sorgfältig ausgebaut würden. Der vielfach erörterte Gedanke ist durchaus berechtigt, daß beispielsweise geringere Sätze der Arbeitslosenunterstützung andererseits einen Ausgleich erfahren sollen, z. B. durch Ausbau des Arbeitsrechtes.

Das Leben des arbeitenden Menschen, so wie es sich in der Regel entwickelt und aufbaut, unterscheidet sich in einem Punkte wesentlich von dem Leben der übrigen Schichten des Volkes. Darin nämlich, daß der arbeitende Mensch keine sogenannte Laufbahn kennt. Für ihn bedeutet das Leben nicht, daß er es nach bestimmten Gesetzen antritt und dann einer Entwicklung entgegensteht, an deren Endpunkt eine frohe Vollendung steht, die dem Menschen im Arbeiter Ansehen und gesellschaftliche Würde gewährleistet. Sein Leben steigt nach einigen Jahren des Lernens ziemlich plötzlich auf, erhält sich auf einer gewissen Höhe, solange er in der Vollkraft seiner Jahre steht, und bricht dann plötzlich gleichsam ab, indem der Arbeiter, bildlich gesprochen, gesellschaftlich untertaucht. Hier nun schaltet sich die Sozialpolitik ein. Sie sorgt, daß der arbeitende Mensch in Zeiten des Unglücks und der Invalidität und des Alters nicht ganz hilflos wird. Sie erhält damit zugleich seinem Leben die Ansehlichkeit vor den Menschen. Aber wie wenig ist es in der Tat Weiterer Ausbau würde auch diesen letzten Rest von Ansehlichkeit zu immer weiterem Zusammenschrumpfen führen und damit in Elend enden lassen. Die Sozialpolitik hat ihre vornehmste Aufgabe darin zu erblicken, dem Arbeiterleben Würde zu verleihen, indem sie ihm, mindestens im Prinzip, allmählich eine Laufbahn erobert. Wie würde die Autorität des Familienvaters auf diese Weise gestärkt werden können, wo sie jetzt so vielfach restlos absinkt, weil die heranwachsende Jugend sich höherwertig vorkommt, indem sie den Verdienst nach Hause trägt, während der Familienvater vielleicht verdienstlos auf ihre Gutwilligkeit angewiesen ist! Wie würden Autorität und Ehrfurcht überhaupt gewinnen!

Nicht also soziale Reaktion, sondern im Gegenteil, sozialer Aufbau muß die Lösung sein. Gewiß können wir von der Wirtschaft nichts Unmögliches verlangen; den edlen Willen zur Neugestaltung darf aber niemand und nichts verkümmern. Sozialpolitik muß ihrem Wesen nach Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens sein. Für eine tiefere soziale Sicht ergibt sich hier der Zusammenhang mit der Sozialreform, das heißt also mit dem richtigen Aufbau des sozialen Lebens von selbst. Kernpunkt solcher Neugestaltung ist das berufsständische Prinzip. Gelingt der Aufbau auf dieser Grundlage, können wir also die Gesellschaft neu aufrichten, indem wir alle ihre Ausdrucksformen mit Leben erfüllen, können wir insbesondere den Blutstrom pulsierenden Lebens in den Beruf und die Berufsgemeinschaft wieder hineinleiten, so ist damit zugleich die beste Lösung für die

sozialpolitischen Probleme an sich gegeben. Berufsständische Krankenfürsorge beschränkt sich nicht auf Erhaltung und Wiedergewinnung der Arbeitsfähigkeit, sondern führt zur Gesundheitsfürsorge. Berufsständische Erwerbslosenfürsorge macht sich die Individualität jedes einzelnen Berufszweiges genau so zunutze wie die Unfallverhütung, wie der Kampf gegen Invaldität, wie die Fürsorge für das Alter. Der Berufsstand kennt keine Politik der glänzenden Fassade, weil es ihm allein auf Gediegenheit im Sinne des Berufes selber ankommt. Er kennt kein Untertauchen in die Bürokratie der Verwaltung, weil seine Menschen in der Verwaltung dasselbe Leben leben wie alle anderen Berufszugehörigen. Das Wertvollste über allem anderen aber bleibt immer, daß hier der Weg über die Interessengemeinschaft zu einer allmählich sich anbahnenden Gefinnungsgemeinschaft geführt wird.

Unternehmer, Gelbe und Nazis

In der Vorkriegszeit versuchte jener Teil der Unternehmer, die kein Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft wollten, durch Förderung der Gelben die Gewerkschaften zu bekämpfen. Ein Teil der Arbeiterschaft sollte benutzt werden, um damit den anderen selbstbewußten vorwärtsstrebenden Teil niederzuhalten. Gewiß haben die Gelben die Entwicklung der Gewerkschaften gehemmt. Aber schließlich mußten sie doch verlegen. Nachdem sich die für die Gelben verauslagten Summen für die Scharfmacher als „total unproduktive“ Ausgaben erwiesen, wurde die „Finanzierung“ so ziemlich vollständig eingestellt.

In der Nachkriegszeit lebten diese Bestrebungen seit 1924 wieder in etwa auf. Alle ihre Beteuerungen, doch die einzige „nationale“ Arbeiterbewegung zu sein, fanden aber so recht keinen Glauben mehr. Verständlich, wenn sich die Gelben nun mit besonderem Eifer aufs Betteln verlegen. Sie sind eben darauf angewiesen, ihr mangelndes sachliches Können mit der Mitgliedsliste eines gelben Werkvereins zu verbeden. Jetzt, wo es wenig Arbeit gibt, liegen sie fast alle auf der Straße und der Unternehmer muß, wenn er nicht pleite gehen will, die tüchtigen Facharbeiter bei den Gewerkschaften holen. Mit einem erschütternden Händeringen wenden sich deshalb nunmehr die Gelbenführer in einem Aufruf ihrer Zeitung „Arbeit und Recht“ (9 und 10, 1932) an die Unternehmer, es doch noch einmal mit ihren „nationalen“ Mitgliedern zu versuchen. Man sollte ihnen nur Gelegenheit geben, sich einzuarbeiten. Dann würde der „nationale“ Arbeiter schon den Beweis erbringen, daß er 100prozentig seine Pflicht erfüllt. Die Erkenntnis, daß der „nationale“ Arbeiter außer vom Betteln auch noch etwas von seiner Arbeit verstehen muß, kommt den Gelben reichlich spät. Bis zu ihrer Einarbeitung aber könnten die Betriebe längst völlig erledigt sein. Der Selbsterhaltungstrieb sagt heute den Unternehmern, woher sie ihre Arbeiter holen, nicht der jammernde SOS-Ruf der gelben Werksgemeinschaftler.

Der Traum der Herrenmenschen, mittels der Gelben die un-

abhängigen Gewerkschaften beseitigen zu können, ist ausgeträumt. Sie sehen sich nach anderen Hilfstruppen um, und glauben diese bei den Nationalsozialisten zu finden. Ihre Liebe gilt daher nunmehr dieser Bewegung. Zwar kostete diese Verbrüderung eine gewisse Ueberwindung auf beiden Seiten. Den Kapitalisten viel es nicht leicht, die Bruderhand einem zu geben, der sich „Sozialist“ nennt. Und den Naziführern war es gewiß nicht leicht, mit den Börsenfürsten, scharfmacherischen Großindustriellen Brüderschaft zu trinken. Was sollten denn die armen Teufel in der Partei denken, die vom Nationalsozialismus eine Beseitigung des Raffkapitals erwarten?

Doch alle Schwierigkeiten überwandt das Geld. Ohne das Geld der Großindustriellen, Generaldirektoren und Großjunkers konnte der Parteiapparat nicht aufrechterhalten, konnten die Wahlkosten nicht aufgebracht werden.

Schließlich wurde das Verlangen nach der wirtschaftlichen und politischen Herrschaft so stark, daß vertrauend auf die Dummheit und Urteilslosigkeit der großen Masse der Anhänger, die gemeinsame Front gegen Demokratie, Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft gebildet werden konnte.

Die Nationalsozialisten haben inzwischen die Aufgaben der Gelben übernommen. An Stelle der Werkvereine sind die Nazijellen in den Betrieben getreten.

Doch an der politisch und wirtschaftlich aufrechten geraden Haltung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft wird auch diese neue, im Grunde unsozial eingestellte Bewegung zerfallen. Für ein nur auf politische und wirtschaftliche Macht aufgebautes Herrenmenschtum ist kein Raum mehr in Deutschland.

Der geistig regsamste, beruflich und sachlich tüchtigste Teil der deutschen Arbeiterschaft liegt in den Gewerkschaften. Und gegen diesen Teil zu regieren und wirtschaften ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im Jahre 1930

Es dauert lange, bis große Behörden mit ihren Berichten herauskommen, was sehr bedauerlich ist, weil dann die ganze Arbeit, die dafür angewandt wurde, zum größten Teil nur noch historische Bedeutung hat. So geht es auch mit dem Bericht der zurzeit leider wichtigsten Sozialversicherungseinrichtung. Wir wünschten, wir hätten noch die damaligen Arbeitslosenziffern, die seinerzeit als traurige Rekordziffern vermerkt wurden. Nach dem Höchststand im Winter 1929/30 mit 3 400 000 Arbeitslosen, im Februar trat eine leichte Entlastung ein, mit 2 691 000 Arbeitslosen im Mai. Sehr früh trat wieder eine Verschlechterung ein und wurden Ende Dezember 1930 4 439 000 Arbeitslose gezählt. Besonders stark stieg die Arbeitslosigkeit im Holzgewerbe, wo gegenüber 1929 die doppelte Zahl der Erwerbslosen gezählt wurde. An zweiter Stelle stand das Landesarbeitsamt Sachsen mit 493 283 Arbeitslosen und hat damit den Landesarbeitsamtsbezirk Rheinland mit 381 092 Arbeitslosen weit überholt, welches sonst dem Landesarbeitsamt Brandenburg folgte. Neben der gestiegenen Arbeitslosigkeit ist auch weit härtere Kurzarbeit 1930 zu verzeichnen gewesen. Dieselbe betrug im Februar 13,0 im Mai 12,0 und im Dezember 16,9 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder.

Bedauerlich ist, daß trotz dieser starken Arbeitslosigkeit noch 126 000 ausländische Landarbeiter beschäftigt wurden, obwohl selbst zum günstigsten Zeitpunkt noch 55 000 Arbeitsuchende aus der Landwirtschaft bei den Arbeitsämtern gemeldet waren. Wie aber aus den Artikeln des „Deutschen“ bekannt ist, dürfte die Zahl der ausländischen Landarbeiter noch größer sein, als amtlich bekannt, da diese vielfach ohne Genehmigung über die Grenze kommen und von den sich national gebärdenden Grundbesitzern gern als Lohnbrüder beschäftigt werden. In Industrie und Handel waren 193 613 Ausländer beschäftigt, hiervon waren 105 000 schon jahrelang in Deutschland und von diesen waren 45 000 tschechischer Staatsangehörigkeit, also meist Deutsche. Von den 28 000 genehmigungspflichtigen Arbeitnehmern waren 15 274 deutscher Abkunft.

Hauptaufgabe der Reichsanstalt ist die Arbeitsvermittlung. Infolge der Konjunkturschwächung ging diese auf 5 Millionen Vermittlungen zurück, gegen 6½ Millionen im Jahre 1929. Nach dem Ausland konnten 6166 Arbeitnehmer durch die Arbeitsämter und 2027 durch die nichtgewerkschaftlichen Arbeitsnachweise vermittelt werden. Nach Frankreich konnten 500 Arbeitnehmer im Gastgewerbe auf Grund des Austauschvertrages vermittelt werden.

In langen Ausführungen verwahrt sich die Reichsanstalt dagegen, daß sie den Ausgesteuerten keine Beachtung schenke und dadurch die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen so wächst. Sie führt an, daß sich hierunter meist nicht mehr voll leistungsfähige Leute befänden und die Arbeitgeber eine Abneigung gegen langfristige arbeitslose hätten. Ganz überzeugend wirkt diese Behauptung aber nicht, namentlich, wenn man die Beobachtung machen muß, daß trotz Entlastung des Arbeitsmarktes die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen ständig steigt und selbst in den Sommermonaten kein Stillstand zu verzeichnen ist. Während des Jahres 1930 wurden 2 Millionen Arbeitslose aus der Versicherung ausgestellt.

Die Berufsberatung kann angesichts der Ueberfüllung der meisten Berufe nur im negativen Sinne erfolgen, indem von ganz ausrichtslosen Berufen abgeraten wird. Besonders wird das Hinströmen zu den höheren Schulen beklagt, da schon übergenug Anwärter für freierwerbende Beamtenstellen und in akademischen Berufen vorhanden sind.

Zur Arbeitsbeschaffung wurde am 1. August 1930 die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G. gegründet. Aufgabe der Gesellschaft ist es, an Stelle des Reiches die Mittel für die verstärkte Förderung von Arbeiten zu beschaffen. Leider konnte die Arbeitsbeschaffung auf diesem Wege keine großen Fortschritte machen. Die Grundförderung macht nun etwa 12 v. H. der Kosten einer Arbeit aus, mit der verstärkten Förderung, die im Darlehen ist, sind es erst 50 v. H. Die Gemeinden und öffentlichen Körperschaften haben natürlich keine große Lust ihre Schuldenlast noch stark zu vermehren, wenn es nicht wichtige Objekte sind, die ausgeführt werden sollen.

In der Zeit vom 1. 10. 1929 bis 31. 12. 1930 wurden von Rotstandsarbeitern 11 623 775 Tagewerte geleistet. 1929 betrug die Durchschnittszahl der Rotstandsarbeiter 55 000, 1930 nur 33 000. Einen erheblichen Anteil an den in der Berufszeit ausgeführten Arbeiten haben die Untergrundbahnbauten in Berlin, vorherrschend sind aber Straßenbauten. Landarbeiterwohnungen wurden 6172 gebaut. Allerdings ist man mit den Erfahrungen nicht sehr zufrieden. Die Mehrzahl der Wohnungen sind Eigenheime. Von den Besitzern hat trotzdem noch ein erheblicher Teil Arbeitslosenunterstützung bezogen, so daß man in Zukunft den Wohnraum verfeinern, aber den dazugehörigen Boden vergrößern will, damit der Inhaber aus der Versicherung aussteigt.

Nun noch kurz zu den Finanzverhältnissen. Hauptunterstützungsempfänger gab es 1930 durchschnittlich in der Höhe 1 789 441, in der Frau 388 608, dazu 1 956 981 Familienzuschlagsempfänger. Für die Arbeitslosenversicherung wurden 1650,77 Millionen RM. gebraucht, für Maßnahmen zur Verhütung oder Beendigung von Arbeitslosigkeit 27,72 Millionen RM. Der Verwaltungsvoranschlag mit allem was dazu gehört benötigte 121,84 Millionen RM. Für die Arbeitslosenversicherung wurden 844,46 Millionen RM. aufgewandt, die die Reichsanstalt ersetzt bekommt. An Beiträgen wurden 1061,66 und an sonstigen Einnahmen 7,02 Millionen RM. erzielt, wodurch sich für das Kalenderjahr 1930 ein Fehlbetrag von 731,15 Millionen RM. ergibt. Durch die Erhöhung der Beiträge auf 6,5 v. H. und die vollzogenen Unterstützungserhöhungen ist die Reichsanstalt selbst im letzten Winter imstande gewesen, ohne Zuschüsse auszukommen. Wäre diese Beitragserhöhung eher durchgeführt worden, wäre uns wahrscheinlich manche harte Maßnahme erspart geblieben.

Aus unserer Rechtsschutzmappe

Kein Ruhen der Sozialrenten bei Bezug von Ruhegeld.

Folgender, für viele pensionierte Kollegen äußerst wichtige Fall zeigt, daß auch nach der Versetzung in den Ruhestand die Organisation noch großen Wert hat. Sichern sich doch diese Kollegen für den geringen Beitrag den Anspruch auf Rechtsschutz.

Zwei in den Ruhestand versetzten Kollegen aus Köln war seitens der Landesversicherungsanstalt Rheinland die Invalidenrente ab 1. Januar bzw. 1. Februar 1932 entzogen worden. Als Begründung wurde folgendes mitgeteilt:

„Sie beziehen nach den angestellten Ermittlungen eine Pension von monatlich . . . RM.

Gemäß der 4. Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931, Kapitel 4, Abschnitt 1, § 10 in Verbindung mit § 11, Absatz 4, ruht bis zur Höhe dieser Bezüge Ihre Invalidenrente, in Ihrem Falle also ganz. Die Rente wird also nur bis Ende Dezember 1931 gezahlt.

Ein Rechtsmittel gegen diesen Bescheid findet nicht statt.“
gez.: Unterschrift.

Die in dieser Mitteilung angezogene 4. Notverordnung ist aber nicht für Empfänger von Ruhegeld anwendbar, da dieselbe nur von einem Ruhen der Rente spricht, wenn daneben Ruhegeld oder Wartegeld gezahlt wird. Das trifft im genannten Falle nicht zu, da die Kollegen auf Grund des Bezirksrates des Arbeitgeberverbandes rheinischer Gemeinden und Kommunalverbände e. B. und der darin vereinbarten Ruhegeldordnung nur ein Ruhegeld beziehen. Die sofort von der Bezirksleitung Köln unseres Verbandes eingeleiteten Gegenmaßnahmen zeitigten einen vollen Erfolg. In einem Schreiben vom 9. Februar 1932 des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz wurde folgendes mitgeteilt:

„Die Angelegenheit soll wegen Ihrer grundsätzlichen Bedeutung zunächst noch mit dem Syndikus des Verbandes Deutscher Landesversicherungsanstalten eingehend erörtert werden.

Der Straßenkehrer

Allmorgendlich um 6 Uhr beginnt sein Dienst. Es ist immer dieselbe Arbeit, und doch so abwechslungsreich, ist er doch mitten hineingestellt in die Hunderte und Laufende von Menschen, die ihm jeden Tag begegnen. Sein Werkzeug besteht aus einem kleinen zweirädrigen Karren, dem breiten schweren Besen, der Schaufel und einer Jange. Die Menschen sehen etwas verächtlich herab auf die Beschäftigung des Straßenkehrers. Sie sehen in seiner Arbeit etwas Wegwerfendes, Wertloses und tun, als ob die Straße und der Bürgersteig immer so sein müsse, wie sie ihn zu sehen gewohnt sind, blank und sauber. All das weiß der Straßenkehrer. Früher, vor vielen Jahren, als ihn das Schicksal zwang in den Dienst der Stadt zu treten, hatte ihn das Verhalten der Menschen oft gekränkt. Da war es ihm manchmal, als müsse er den Besen umkehren und einmal dazwischen fahren, zwischen diese Reihen geschrieelter Laffen, die sich nie dazu bequemen konnten, etwas Rücksicht zu nehmen auf seine Arbeit, die immer in einer breiten Reihe den Bürgersteig entlang schlenderten und achlos den Keckheit wieder auseinander traten, den er mühselig zusammengefügt hatte. Heute berührt so etwas den Straßenkehrer Kröger kaum noch. Es kam auch selten vor. Die Menschen waren doch in mancher Beziehung anders geworden. Und wenn er an die Arbeitslosen dachte, die jeden Morgen gegen 9 Uhr von der nahen Siedlung über die Allee kamen, dann fühlte sich sein Kröger ganz glücklich. Arbeitslos, das war schlimmer als alles andere. Vielleicht hatte ihn das Los von Millionen im Lande nur deshalb verschont, weil er diese Arbeit tat. Allüberall war abgebaut worden. Im Wasserwerk, im Gaswerk, bei der Straßenbahn, im Schlachthof, nur ihn hatte man noch

nicht entbehren können. Die Wilhelmsallee mußte gekehrt werden; denn rechts und links lagen die Parks und Bienen und dort lehrte kein Diensthote. Zudem war Kröger schon 16 Jahre bei der Stadt beschäftigt und da würde man mit dem Abbau doch schon Rücksicht nehmen. Aber so sicher war er sich dessen nicht, hatte man nicht vor gut sechs Wochen einen seiner Kollegen auch entlassen, trotzdem er fast solange wie sein Kröger bei der Stadt beschäftigt war. Der Grund? Na ja, was man schon so Grund nannte, Wirtschaftslage, schlechte Finanzlage und dergleichen. Was galten heute schon 16 Jahre treuer Pflichterfüllung? Kröger hatte sich als Vertrauensmann seines Verbandes redlich um die Sache des Kollegen bemüht, vergebens, die Einspruchsfrist war veräumt worden und dadurch die Klage abgewiesen worden. Eigentümlich geschah ihm ja recht, — aber nein, das Schicksal der Arbeitslosigkeit durfte man Karl nicht gönnen, auch wenn er stets gegen den Verband etwas einzuwenden wußte. Viel schlimmer war, daß Karl heute zu den Kommunisten fand, bei allen Agitationen dabei war und sich sehr rege für Moskauer Ziele betätigte. Ja, hätte er sich früher auch nur halb soviel gewerkschaftlich betätigt, dann stände es wahrscheinlich anders um ihn, dann würde er wohl kaum die Einspruchsfrist veräumt haben.

Mit diesen Gedanken beschäftigte sich sein Kröger, während sein Besen in heftigen, fast zornigen Stößen über die Platten des Bürgersteigs fuhr. Noch 30 Meter, dann war die rechte Seite der Allee rein. Kröger holte den Karren herbei und lud einen Keckrichthaufen nach dem anderen auf. Am Ende angelangt, schob er den Karren zur Seite, ließ sich auf der nächsten Bank nieder und begann sein Frühstück auszupacken. Während des Frühstücks warf er einen Blick in die Zeitung mit der seine Brusttasche eingepackt waren. Nichts Wesentliches, „Kaule

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Monopole, Kartelle, Truste.

Auf einer Jüngertagung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung des unterrheinischen Industriegebiets referierte Direktor Fritz Klein, Köln, über obiges Thema. Er führte dazu folgendes aus:

Wir leben im Zeitalter moderner Konzentration. Während noch der Gesamtstatistik der Klein- und Mittelbetrieb immer noch zwei Drittel der deutschen Wirtschaft ausmacht, ist die Zusammenfassung der Aktiengesellschaften in Konzernen erheblich stärker vorgeschritten. Nach dem Nominalkapital waren 1926 = 66,1 Prozent und 1930 = 65 Prozent der deutschen Aktiengesellschaften in Konzernen zusammengeschlossen. Auch haben rund 100 internationale Konzerne in Deutschland Fuß gefaßt.

Der Redner erklärt an Hand von Beispielen die Bedeutung und Arbeitsweise der einzelnen Konzentrationsarten, sowohl vertikaler wie horizontaler Zusammenballung. Ferner wurden Konventionstartelle, Konditionstartelle, Preistartelle, Verkaufstartelle, Produktionsstartelle, Syndikate, Konzerne und Truste im einzelnen erläutert. Alle Kartelle seien Frontbildungen der Unternehmer gegenüber dem Verbrauch. Diese Front wurde geschlossen durch Marktbeherrschung und Preisdiktat. Nicht zu übersehen sei die Tatsache, daß die Arbeitgeberverbände in der kartellierten Wirtschaft ihre fruchtigste Kundenstammung hätten. Der Gewinnhunger der Banken habe sich mit manchem unternehmungslustigen Industriellen zum Schaden der Wirtschaft verbunden.

Als Beispiel eines Kartells wurde der Markenartikel-Schutzverband besprochen. Wenn auch die Notverordnung versucht habe, eine Bresche zu schlagen, so beständen doch die scharfen Preisbindungen bei den meisten Markenwaren unvermindert fort. Die Uberteuierungen seien noch bei vielen Markenartikeln, insbesondere der Gruppe A festzustellen. Die Markenartikel verjuchten durch die Massensuggestion der Reklame einen solchen Einfluß zu gewinnen, daß man bei den meisten Waren von einem Monopolcharakter sprechen könne, der oftmals über die Firmenbedeutung weit hinausgehe. Die Preisentlungen der letzten Zeit seien künstlich durch behördlichen Druck erfolgt. Interessant sei, daß der Einzelhandel ein Verfechter der preisgebundenen Markenartikel darstelle. Gewiß habe er mühseligen Verkauf und gleichbleibenden Gewinn, aber er sei doch Handlanger und könne mit seinen Fachkenntnissen nichts mehr begreifen. Der internationale Färdholztrust wurde als Beispiel eines Trustes von dem Redner erläutert. Der Trust umfaßt heute 250 Fabriken in 45 Ländern. In 18 Ländern besteht Staatskonzession. Bei einer allgemeinen Kritik der vertrusteten Wirtschaft dürfe man nicht übersehen, daß auch Vorteile für die Gesamtwirtschaft erzielt werden könnten. Gleichmäßigkeit des Marktes und der Beschäftigung, gemeinsame Ausnutzung von Erfindungen, vernünftige Rationalisierung seien Ziele, die ein Kartell oder Konzern sich durchaus stellen könne. Leider hätten aber die Beispiele der letzten Zeit (Kordwolle, Schultzeiß-Bahnhäuser usw.) bewiesen, daß oftmals nur Profitgier,

Machthunger der leitenden Personen, grundlose Nationalisierungen, Rücksichtslosigkeit gegen die Beschäftigten, Nichtachtung von Geld und Ware, Leitmotiv gewesen seien. Man habe doch vielfach mit allen Mitteln Leistungssteigerungen erzwungen, die wegen Abzahnung zur Katastrophe führen mußten. Erwähnenswert seien auch die gewaltigen Ertragsrisse der Vertrustungen auf dem internationalen Rohstoffmarkt, die jetzt gewaltige Gütervernichtungen im Gefolge hätten. Wenn auf der einen Seite Menschen darben und hungern und in den Produktionsländern Uebervorräte vernichtet werden, um die Ware zu vernappen und im Preise hoch zu treiben, dann seien das traurige Beweise für die fallenden Zielsetzungen der Wirtschaft. Wer das klarste und objektivste Urteil der Zeit haben wolle, der möge die Anlagen lesen, die der St. Vater in der letzten Enzyklika „Quadragesimo anno“ gegen die gewaltigen Zusammenballungen in der Wirtschaft ausgesprochen habe.

Dieser unvernünftigen Machtentfaltung der Kartelle könne nur als einzige, auf die Dauer wirksame Gegenwehr das „Kartell der Verbraucher“ entgegengestellt werden. In den Selbsthilfeorganisationen der Verbraucher, den Konsumgenossenschaften, sei nationales, volksgebundenes Sozialkapital dem internationalen Privatkapital, Selbstverwaltung der breiten Schichten der Volkswirtschaft einiger Gewaltigen, Mißbehag und Mißbestimmung der Verbraucher dem Preisdiktat und der Profitgier gegenüber zu stellen. Die genossenschaftliche Gegenwehr habe erfolgreiche Auswirkungen gegen die moderne Privatkonzentration zu verzeichnen.

Es komme darauf an, den Menschen wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu stellen. Wir brauchen in der Welt eine vom sozialen Geist getragene Wirtschaft, in der nicht die Aktie, nicht das unpersönliche Kapital regieren, sondern der Mensch.

Das Arbeitseinkommen um 43 Prozent gesunken!

Das Institut für Konjunkturforschung gibt in seinem neuesten Vierteljahresbericht eine bemerkenswerte Schätzung des Arbeitseinkommens in Deutschland. Bei einer Zusammenfassung der Einkommensausfälle durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnabbau beziffert das Institut das gesamte Arbeitseinkommen in Deutschland für das erste Vierteljahr 1932 nur noch auf 6,5 Milliarden RM. Da in der letzten Konjunkturperiode (Herbst 1929) bereits ein Vierteljahreseinkommen von über 11 Milliarden RM erreicht war, beträgt der Einkommensausfall der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten nunmehr fast 43 v. H. Diese von dem Institut wahrscheinlich sehr vorsichtig geschätzte Größenordnung zeigt eindringlich, wie stark die arbeitnehmenden Schichten von der Krise betroffen wurden. Wenn auch ein Teil dieser Verluste durch die inzwischen eingetretene Preisentlung gedeckt wird, so wirkt doch andererseits auch die neue Steuerbelastung der letzten Jahre recht drückend in jedem Arbeitnehmerhaushalt. Besonders heftig haben die Industriearbeiter unter dem Einkommensverlust zu leiden, da bei ihnen die Kurzarbeit stark ins Gewicht fällt. Das

Eine alte Geschichte

In der guten alten Zeit geschah es einmal, daß ein Landesfürst sich und das Land in große Schuldenlast gebracht hatte. Seine Räte, groß und klein, hatten auch redlich dabei mitgeholfen. Nun hat der Karren im Dreck, und es mußte irgendein Entschluß gefaßt werden. Der Landesfürst verammelte seinen ganzen Rat um sich und riet mit ihm lange hin und her, wie zu helfen wäre. Der eine brachte dies, der andere jenes in Vorschlag, aber alles wurde als unbrauchbar gefunden. Antemalen es schon zu oft dagewesen und gebraucht und mißbraucht worden war. Endlich sagte sich ein alter Regierungsrat das Herz und deckte den Schaden Jofels auf, indem er sprach: „Das Unheil, in dem wir stehen, kommt einzig und allein daher, daß wir immer mehr ausgegeben haben als eingenommen. Soll's besser werden, so müssen Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht gebracht werden. Und da die Einnahmen zu vermehren durchaus nicht möglich ist, so müssen wir die Ausgaben vermindern, d. h. wir müssen sparen.“ Bis jetzt war alles mit dem Sprecher einverstanden und nicht Beifall. Als er aber fortfuhr: „Soll aber das Sparen von Wirtschaft sein, so müssen wir von oben herab, d. h. bei uns selber anfangen.“ Da erhob sich ein Sturm in der Versammlung, daß die Fenster des Ratesalles erzitterten. Der Fürst bewies haartrocken, daß bei ihm von Ersparnissen nicht die Rede sein könne, daß ihm eigentlich noch Aufbesserung gebühre, bei den Räten allerdings möge Einschränkung tunlich sein. Die Räte aber schwuren hoch und teuer, daß sie sich schon genug von ihrem eigenen eingebracht hätten, und auf die Dauer mit ihrem seit-

herigen Gehalt nicht reichen würden. Wo man zu sparen anfangen wollte, da erhob sich entschiedener Widerspruch von oben bis unten, bis man endlich beim Treppensehrer des fürstlichen Schlosses angekommen war, der schon 30 Jahre die Treppe lehrte und sechs Bahen des Tages hatte. Hier, hieß es, müsse gespart werden. Man war sich bald einig, das fragliche Gehalt von sechs Bahen auf drei Bahen herabzusetzen, und ließ den Lehrer kommen, ihm solches zu eröffnen. Der hörte geduldig die lange Brühle an, die man ihm vorlas, blinnte dann die Herren der Reihe nach an, schüttelte seinen Besen und sprach also:

„Gnädiger Herr und hohe Herrschaften! Seit 30 Jahren habe ich das Schloß gelehrt und auch aus dem Zimmer des Herrn Rats manchen Unrat hinausgesetzt; ich denke, ich habe etwas Nützliches in meinem Amte geleistet. Eine Erfahrung namentlich ist es, die ich mir tief eingeprägt habe, und die ich einem hohen Räte nicht vorzuenthalten will. Wenn ich nämlich das Schloß lehren wollte, fing ich auf der obersten Treppe an, machte fort bei der folgenden und hörte auf bei der untersten, so war das Schloß geäubert. Hätte ich aber an der untersten Treppe angefangen, so wäre der Unrat von oben immer wieder nachgekommen und ich hätte in dreißig Jahren das Schloß nicht sauber gebracht. Wenn daher die hohen Herrschaften auch aus Austehren gehen wollen, und es wird nicht überflüssig sein, so rate ich als ein in diesem Fache erfahrener Mann, oben und nicht unten zu beginnen.“ Sprach's machte rechtsum und marschierte zum Saal hinaus. Die Herren sahen sich verdutzt an, und beschloßen alles beim alten zu lassen.

(Aus dem „Lustigen Bilderkalender“ von 1869.)

Institut für Konjunkturforschung weist darauf hin, daß der Verbrauch in der letzten Zeit größer war als das aus dem Produktionsprozeß fließende Einkommen zuletz. Vielfach sind Einlagen von Spartajassen oder von Banken abgezogen und zur Anschaffung von Dauergütern (Hausrat, Ausstattungsgegenstände) verwendet worden. Hierdurch erklärt es sich auch, daß die Umsätze des vierten Vierteljahres 1931 keineswegs so katastrophal zurückgegangen sind wie das Einkommen. Die Umsätze liegen übrigens auch seit zwei Jahren über der industriellen Produktion. Mit anderen Worten: die Erzeugung hat sich derart eingeschränkt, daß sie den laufenden Bedarf bereits erheblich unterschreitet. Setzt man industrielle Produktion und Umsätze für das Jahr 1928 mit 100 an, so war die industrielle Produktion im Jahre 1931 auf 70 u. S. und der Umsatz auf 94 u. S. gesunken. Sonderbarerweise verzichtet das Institut für Konjunkturforschung diesmal auf eine Schätzung der Einkommen aus Kapitalbesitz, Landwirtschaft und Unternehmertätigkeit. Eine derartige Unterjochung wäre gerade angefangen der starken Rückgänge des Arbeitseinkommens hochinteressant gewesen, denn ohne Zweifel hätte sich in Beziehung zum Volkseinkommen eine relative Vergrößerung der nicht aus einem Arbeitsverhältnis fließenden Einkommen ergeben.

Tariffbewegungen

Der Kampf um die neuen Tarifverträge.

Wie bekannt, hat der Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände den RMT G. VIII (Reichsmanteltarifvertrag Gemeindearbeiter) und den RMT A. I (Reichsmanteltarifvertrag Verkehr) zum 30. April gekündigt. Zum gleichen Termin laufen auch die Lohnverträge, Lohnabkommen usw. gemäß den Vorschriften der dritten Notverordnung, ab.

Durch Schreiben vom 10. März an die Gewerkschaften hat nunmehr der Arbeitgeberverband zu Verhandlungen über den Abschluß von neuen Verträgen eingeladen, die am 14. April und folgende Tage stattfinden sollen.

Gleichzeitig wird den Gewerkschaften mitgeteilt, daß ihnen die Vorschläge des Arbeitgeberverbandes für die neuen Tarifverträge, die als Verhandlungsunterlagen für die Aussprachen gelten sollen, am 6. oder 7. April überlandt würden.

Wenn auch die Vorschläge des Arbeitgeberverbandes bisher noch nicht konkret vorliegen, ist doch schon im allgemeinen bekannt, wo der weitere Abbau angelegt werden soll. Die Kapitel „Urlaub, Krankenlohn, und Ruhe-lohn“ werden jene sein, um die erbittert gerungen werden wird.

Selbstverständlich werden auch die Gewerkschaften mit ernst zu nehmenden Gegenvorschlägen hervortreten.

Nachdem am 30. April die tarifvertraglichen Bindungen durch die Notverordnungen ablaufen, die Parteien wieder freie Hand bekommen und selbstverantwortliche Entscheidungen zu treffen haben, ist es Aufgabe der Kollegenschaft, nunmehr mit aller Energie die notwendigen Voraussetzungen für einen guten Abschluß zu schaffen. Wer heute noch beiseite steht, ist mitverantwortlich, wenn die berechtigten Belange der Kollegenschaft nicht voll Berücksichtigung finden.

Reichs- und Staatsarbeiter

Bekanntgabe von amtlichen Verfügungen an die Betriebsvertretungen.

In den Sitzungen des Hauptbetriebsrats für den Bereich der Reichsfinanzverwaltung war darüber Beschlüsse geführt worden, daß der bestehende Erlaß vom 28. März 1922 — III P 7479 — über die Bekanntgabe von amtlichen Verfügungen nicht hinreichend beachtet werden. Durch einen neuen Erlaß vom 25. Februar 1932 — P 2010/1578 I B — wird daher an folgende Bestimmung erinnert:

„Ich ersuche ergebenst, von allen Runderlassen und Verfügungen allgemeiner Art über Angelegenheiten der Arbeiter und Angehörigen in der Reichsfinanzverwaltung dem Bezirksbetriebsrat je einen Abdruck zugehen zu lassen. Den örtlichen Betriebsvertretungen ist von den Dienststellen in geeigneter Weise Einsicht in Erlasse und Verfügungen dieser Art zu gewähren. Die nachgeordneten Stellen sind mit entsprechender Weisung zu versehen.“

Bezirks- und Ortsgruppenberichte

Am 8. März 1932 versammelten Mitglieder nahmen Stellung zu dem Aufruf des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften zur Bildung der Volksfront. Gewerkschaftssekretär Böhm behandelte in einem Referat die Stellungnahme der gewerkschaftlichen Organisationen. Ausgehend von der Erkenntnis, daß gerade in letzter Zeit die

Sehe gegen die Gewerkschaften in sehr starkem Ausmaße zutage tritt, erläuterte Redner die Abwehrmaßnahmen, unbedingt notwendig sei es, eine Abwehrfront zu schaffen. Die Bildung der Volksfront muß auch in unseren Reihen freudige Begeisterung auslösen. Pflicht der Mitglieder ist es, der Volksfront beizutreten.

Vorstände und Vertrauensleute begrüßten es, daß auch die christlich-nationalen Gewerkschaften sich in einer Abwehrfront zusammenschließen. Sie geloben alles dazu beizutragen, daß diese Front zu einer wahren Volksfront wird. Folgende Entschließung wurde angenommen:

„Die im Alfreibushaus versammelten Mitglieder des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen folgen begeistert dem Aufruf des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften zur Bildung der Volksfront. Sie erkennen den Ernst der Zeit und das Gebot der Stunde, auch ihrerseits für die Stützung der staatlichen Autorität einzutreten. Die Erkenntnis, daß wir einen Führer wie Hindenburg auch in der Zukunft brauchen, veranlaßt sie, geschlossen für dessen Wiederwahl einzutreten. Sie erblicken darin die Ueberbrückung der Zwietracht und der inneren Gegenläufe und sehen in Hindenburg den Begleiter für eine bessere Zukunft.“

Dresden. Die Mitgliederversammlung der Gemeindearbeiter am 11. März war zufriedenstellend besetzt. Der vorgesehene Vortrag: „Der Kampf um das „System“, fiel aus, da ein Kollege für die Versammlung seinen Radioapparat zur Uebertragung der Rundfunkrede des Reichstanzlers Dr. Brüning aus dem Berliner Sportpalast zur Verfügung gestellt hatte.

Danach berichtete Kollege Baracjewski über den Stand unserer Lohn- und Tarifverträge. Er wies darauf hin, daß der jetzt gültige Lohn betrifft ist bis zum 30. April, ebenso die Reichsmanteltarifverträge, die vom Reichsarbeiterverband für den gleichen Zeitpunkt ausgeschrieben sind. Er gab weit rühmlich zu Kenntnis, daß der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden, um alle Zweifel auszuschließen, offiziell durch besonderes Kündigungsschreiben an die Bezirksleitung sowohl den Lohn- und Tarifvertrag, als auch die Bezirkszusatzvereinbarungen zu den Reichsmanteltarifverträgen ausgeschrieben hat. Es besteht die große Gefahr, daß die Arbeitgeber die nicht zu bestreitende Notlage der Gemeinden, die wesentlich bedingt ist durch das Anschwellen der Rißer der Wohlfahrtsbewerben, auszunutzen wollen zur Verschlechterung der Lohn- und Tarifverträge. Ueber diese wichtigen Fragen herrscht unter den Arbeitern der öffentlichen Betriebe eine erschreckende Unkenntnis. Man bekämpft sich lieber parteipolitisch, als in der Berufsorganisation zielbewußt alle Kräfte einzusetzen zur Abwendung drohender Verschlechterungen. Auffklärung aller Unorganisierten ist oberstes Gebot der Stunde. Jeder christliche Gewerkschaftler muß mehr wie bisher zum aktiven Kämpfer für seine gute Sache werden.

Die Rubelobfrage wurde eingehend behandelt. Kollege Baracjewski gab Kenntnis von der Mitharbeit der Funktionäre der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, die im Betriebe der Dresdner Straßenbahn AG. vor kurzem einige Arbeiter veranlaßten, bei der Direktion vorstellig zu werden, um die Rückerstattung der gezahlten Rubelbeiträge zu verlangen und für sich die Unterstellung unter die Rubelordnung rückgängig zu machen. Die Direktion, begrifflicherweise interessiert an dieser Angelegenheit, ließ sich vom Personalamt der Stadt Dresden ein Gutachten erlassen. Die Gewerkschaften hatten zum Ausdruck gebracht, sie würden alle Bemühungen, die bestehende Rubelordnung zu untergraben, schärfstens bekämpfen. Nach dem Rechtsgutachten des Personalamtes gibt es für einen der Rubelordnung unterstellten und im Betriebe beschäftigten Arbeiter kein Ausschreiben aus der Rubelordnung. Nicht zweifelhaft sei diese Frage aber bei Neueinstellungen. Es habe dann der Rubelobausfluß über Anträge auf Nichtunterstellung unter die Rubelordnung von Fall zu Fall zu entscheiden. Die Ausdrucksfrage zu beiden Punkten der Tagesordnung war außerordentlich lebhaft. Kollege Soppart betonte zum Schluß besonders die gewerkschaftliche Schulungs- und Bildungsbewert. Er wies hin auf die jeden 1. Dienstag im Monat von 19—21 Uhr im Verbandshaus stattfindende gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft. Da keine Kosten damit verbunden sind, müßte jeder Kollege sich verpflichtet fühlen, von dieser ihm gebotenen Gelegenheit zur Bereicherung seines Wissens Gebrauch zu machen.

Glogau. Anlässlich unserer Generalversammlung gab der Vorsitzende, Herrn. Kurz einen Ueberblick über die Entwicklung im vergangenen Jahr. Kollege Buchner (Dreslau) ergänzte diese Ausführungen und beantwortete die Frage: „Ist ein Berufsverband bei der heutigen Lage noch notwendig?“ Redner zeigte die Schwierigkeiten unserer jetzigen Wirtschaftslage und der Gemeindefinanzen in besonderer, sowie die Gefahren, die uns von den von allen Seiten anstürmenden Gegnern drohen. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand durch Zuwahlen verstärkt.

Reimersheim. (Flußbauarbeiter.) Die Ortsgruppe der Flußbauarbeiter des Straßen- und Flußbauamtes Speyer, die ihren Sitz in Reimersheim hat, hielt am 6. März in Wörth am Rhein ihre diesjährige Generalversammlung ab. Obwohl sich die Kollegen auf eine Entfernung von etwa 40 Kilometer verteilen, waren trotzdem 18 Kollegen in der Generalversammlung anwesend. Dies muß sehr hoch gewertet werden, weil Fahrten notwendig sind und die Kollegen nur 5 Tage in der Woche arbeiten. Der erste Vorsitzende, Adolf Bösch (Reimersheim) erstattete den Geschäftsbericht vom letzten Jahr, der Kassierer, Albert Bösch, den Rechenbericht. Die Berichte fanden keine Beachtung. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender Eugen Barthaler, 1. Kassierer Albert Bösch, 1. Schriftführer Adam Herr. Kollege Sauer berichtete über die gesamten Verhandlungen, die im letzten Jahr mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern und mit dem Reichsverkehrsministerium stattgefunden haben. Dieser bestand ein Tarifvertrag für die Arbeiter der Bayerischen Staatsverwaltung, der die süddeutschen Verhältnisse und die Gegend der bayerischen und sächsischen Wasserstraßen berücksichtigte. Durch den Vertreter des sozialistischen Gesamtverbandes und den der Wasserstraßen-Gewerkschaft wurde hinter unserm Rücken mit dem Herrn Ministerialrat Leube vom Reichsverkehrsministerium verhandelt, damit auch die bayerischen Reichswasserstraßen dem Reichstarifvertrag unterstellt werden sollten.

Trotzdem wir uns mit allen Kräften zur Wehr setzten, wurde im abgelaufenen Jahr dieser Reichstafel für die bayerischen Reichswasserstraßen eingeführt. Dieser bringt unseren bayerischen Kollegen ungeheure Verschlechterungen, die sie dem sozialistischen Gesamtverband und der Wasserstraßen-Gewerkschaft zu verdanken haben. Würde unser Verband in Bayern nicht so hart sein, dann würde sicherlich der Vorstand des sozialistischen Gesamtverbandes über seine eigenen Mitglieder in Bayern und deren Sekretäre hinweggehen und auch den bayerischen Kollegen diese verschlechterten Bestimmungen des Reichstafels aufzwingen lassen. Durch unsere Arbeiten, bei denen wir die Unterstützung der bayerischen Sekretäre des sozialistischen Gesamtverbandes fanden, haben wir bisher noch einige Verbesserungen gegenüber dem Reichstafel halten können. Unsere Aufgabe muß es deshalb sein, unseren Verband bei den Straßen- und Flußbauarbeitern noch weiter auszubauen, stets neue Kollegen zu werben, damit wir vor dieser unseligen Zentralisation, die die bezirklichen Eigenarten nicht berücksichtigt, bewahrt bleiben — Die Kollegen gelobten treu zum Verband zu stehen, rege zu werden und gemeinschaftlich mit den Verbandsinstanzen für dessen weiteren Ausbau zu arbeiten.

Ludwigshafen. Unsere Ortsgruppe der Gemeindearbeiter hielt am 27. Februar ihre Generalversammlung ab. Kollege Beders erstattete den Jahresbericht der von Kollegen Sauer noch ergänzt wurde. Ludwigshafen hat im letzten Jahr dadurch besonders schwer gelitten, daß die Anilinfabrik ihren Betrieb zu einem erheblichen Teil eingestrichelt oder nach Höchst bzw. Mitteldeutschland verlegt hat. Da die Anilinfabrik der Stadt Ludwigshafen ihre besondere Rote gegeben hat, leidet die Stadt durch den Steueranfall ganz besonders und diese Auswirkungen müssen die städtischen Arbeitnehmer am meisten fühlen. Alle libertarischen Forderungen, Schmutzzulagen usw sind im letzten Jahr gefallen. Daneben mußten die Gemeindearbeiter in Ludwigshafen noch folgende Vorkürzungen über sich ergehen lassen: Ab 1. April 1931 4 Pfg., ab 27. August 3 Pfg., ab 1. November weitere 5 Pfg. und ab 1. Januar 1932 nochmals 10 Pfg., so daß im Berichtsjahr rund 22 Pfg. Stundenslohnentzug zu verzeichnen sind. Diese zugemuteten Opfer sind schwer, zumal eine Preisverbilligung kaum zu bemerken ist. Der Kollege Schwarzpeller erstattete den Rassenbericht, der zeigte, daß unsere Ortsgruppe gut gearbeitet hat.

Kollege Beders, der Gründer unserer Ortsgruppe, der seit der Gründung dauernd den Vorsitz geführt hat, lehnte eine Wiederwahl ab, da er nun pensioniert ist und er im Interesse der Ortsgruppe wünschte, daß ein Kollege, der im Betrieb steht, den Vorsitz führen solle. Auf seinen Vorschlag wurde der bisherige Schriftführer, Kollege Eugen Erbach, einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt, 1. Kassierer Kollege Schwarzpeller, 1. Schriftführer Kollege Rüdert, Kollege Wiltz Beders wurde einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Nach der Wahl der Parrelbelegierten wurde noch die derzeitige wirtschaftliche Lage behandelt und einstimmig die Auffassung vertreten, daß um das Chaos zu vermeiden, jeder vernünftig und klar denkende Arbeitnehmer am 13. März nur dem bisherigen Reichspräsidenten von Hindenburg die Stimme geben kann, weil dieser Mann allein vor allen anderen präsentierten Kandidaten uns die Gewähr bietet, daß wir in Ordnung und freier Entfaltung der Kräfte zu einer Befreiung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens kommen können. Wir freuen uns, daß der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften diese Auffassung in seinem Aufruf so klar präzisiert hat.

Am 10. März wurde unsere Generalversammlung abgehalten, die sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Der erstattete Geschäftsbericht beschäftigte sich besonders mit den tariflichen Schwierigkeiten in der Kuranstalt und mit der Einstellung der Saisonarbeiter. Die Vorstandswahl brachte die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder, Kollegen Horst als Vorsitzenden, Huber als Kassierer und Schmid als Schriftführer.

Kollege Sauermann (München) dankte zunächst der gesamten Vorstandschaft für ihre Arbeit im abgelaufenen Jahr und sprach die Hoffnung aus eine gute Zusammenarbeit auch mit der neuen Bezirksleitung aus. Er zeichnete sodann ein Bild der wirtschaftlichen Lage und behandelte dann den Betriebsvertragsvertrag und gab die Kündigung desselben durch den Arbeitgeber bekannt. Heberer stimmte dem zum Ausdruck, daß nur durch den Zusammenschluß in der Organisation die bestehenden Schwierigkeiten gemeistert werden könnten.

Lüdingen. Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe fand am 28. Jan. 1932 unter reger Beteiligung der Mitglieder statt. Der vom Kollegen Kallertmarck erstattete Rassenbericht wurde dankbar entgegengenommen und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Neuwahl der Vorstandschaft ergab: Wiederwahl des 1. Vorsitzenden Kol. Döfller, des Kassierers Kol. Kallertmarck, des Schriftführers Kol. Kommeil.

Kollege Döfller dankte der Ortsgruppe für das Vertrauen und erklärte sich bereit, auch weiterhin seine Person für das Wohl der Ortsgruppe zur Verfügung zu stellen. Er sprach dann über das vergangene Jahresjahr und führte aus, daß die Organisation in der heutigen Zeit schwer zu kämpfen habe, und daß nur einmütige Zusammenarbeit und ein fester Zusammenhalt der Mitglieder der einzelnen Ortsgruppen ein sicheres und fruchtbares Weiterbestehen der Organisation ermöglichen.

Besonders wurde darauf hingewiesen, daß in der heutigen Zeit die Organisation eine unbedingte Notwendigkeit sei. Neben forderte die Mitglieder der Ortsgruppe zu treuer und lebendiger Mitarbeit auf, damit auch in der jetzigen Zeit des Abbaus, von Seiten der Organisation fruchtende Arbeit geleistet werden könne. Dem wurde seitens der Mitglieder lebhaft zugestimmt. — Der geschäftliche Teil der Versammlung hatte damit seinen Abschluß gefunden. Die vom Kol. Walter gestellte Musik bot der Versammlung noch ein gemütliches Schlußständchen.

Büchertisch

Georg Pothhoff, Arbeitsrecht. Das Ringen um werbendes Recht. Leinen 3 Mk. (Kröners Taschenausgabe Bb. 90.) Verlag: Alfred Kröner Leipzig C. 1 Salomonstr. 16.

Der bekannte Volkswirtschaftler und Sozialpolitiker zeigt hier den Weg, den die Rechtsentwicklung gehen muß, um das Arbeitsrecht so zu gestalten, daß es sowohl den Bedürfnissen der Wirtschaft, wie auch den berechtigten sozialen Ansprüchen gerecht wird. Wenn auch die jetzige Wirtschaftskrise diese Entwicklung hemmt, ein Stillstand gibt es nicht. Dem Praktiker, nicht zuletzt dem Gewerkschaftler, wird das Buchlein wertvolle Fingerzeige für seine Mitarbeit an der Weiterentwicklung des Arbeitsrechtes geben.

Karl Marx, Der historische Materialismus. Die Frühschriften herausgegeben von Dr. S. Landsbut und J. B. Mayer. Zwei Bände (Kröners Taschenausgabe Band 91/92) je 3,75 Mk. Verlag Alfred Kröner, Leipzig C. 1.

Karl Marx ist den meisten nur als Verfasser des „Kapitals“ bekannt. Sein Verständnis gilt nicht für leicht, und das ist erklärlich, da man die früheren Schriften, die den gedanklichen Unterbau des „Kapitals“ bilden, nicht las. Ja, sie waren bisher nicht einmal in einer wissenschaftlich vollständigen, dabei auch weiteren Kreisen verständlichen Ausgabe gesammelt. Eine solche ist jetzt unter dem Titel Karl Marx: „Der historische Materialismus“, die Frühschriften, herausgegeben von S. Landsbut und J. B. Mayer in zwei ausgezeichnet erläuterten und eingeleiteten Bänden der billigen hellblauen „Taschenausgabe“ des Verlags von Alfred Kröner erschienen. In neuer Vollständigkeit sind hier alle Schriften vereinigt, die dem „Kapital“ vorausgehen und die Grundlagen seines Verständnisses bilden. Durch den erstmaligen Abdruck zweier hoch bedeutender unveröffentlichter Manuskripte („Nationalökonomie und Philosophie“ und sämtlicher bisher ungedruckter Teile der „Deutschen Ideologie“, „St. Max“, „Der wahre Sozialismus“, „Dr. Kuhlmann über die Prophetie des wahren Sozialismus“), die diese Bände zur wichtigsten Marx-Offenlegung der letzten Jahre machen, wird jetzt erst das Verhältnis von Marx zu Hegel, die Entstehung des historischen Materialismus und der Zusammenhang des Marx'schen Denkens endgültig sichtbar. Besonders dank verdient es, daß die Herausgeber sich nicht damit begnügten, eine Ausgabe für die Wissenschaft zu veranstalten, sondern mit großer Sorgfalt und bei aller Wissenschaftlichkeit durch zahlreiche Personen- und Sachverständigen, Fremdwörter-Erklärungen und Register zugleich eine wirkliche Volksausgabe daraus machten. Sie ist für jeden, dem es um Verständnis des Marxismus geht, von nun an das Buch, zu dem er zuerst greifen wird, das er vor dem „Kapital“ lesen muß.



GEDENKTAFEL

Gestorben sind die Kollegen:

Joh. Schrott, Amberg	25. 2. 1932
Franz Neunzig, Köln	1. 3. 1932
Gustav Altendorf, Brackweide	2. 3. 1932
Aug. Witt, Brühl	4. 3. 1932
Ant. Brangenberg, Köln	5. 3. 1932
Ant. Niegemann, Köln	11. 3. 1932

die Kolleginnen:

Frau Wm. Maria Pöhlig, Ohligs	19. 2. 1932
Helene Kopp, München	25. 2. 1932

EHRE IHREM ANDENKEN!

Am 10. April ein vernichtendes Urteil über Demagogie und Radikalismus